VATERLAND, Samstag, 10. Juni 1972

Ausländer in Europa

Zur Lage eines türkischen oppositionellen Studenten in der Bundesrepublik — Der Fall von Hakki Keskin ist kein Einzelfall — Eine Studie von Robert Ruoff, Berlin

Ein Mensch findet sich manchmal scheinbar zufällig wieder in der Rolle des Hasen, den alle jagen. Betrachtet man solche Zufälle genauer, so entdecken sich einem wohl Zusammenhänge und Gesetzmässigkeiten; das besondere Schicksal eines Einzelnen wird zum Fall.

Ein Beispiel: Hakki Keskin, Doktorand der Politischen Wissenschaften am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin. Der türkische Student betreibt seit 1964 seine Ausbildung in Deutschland, erst in Hamburg, dann in Berlin. Am Otto-Suhr-Institut erwarb er 1971 das Diplom der Politischen Wissenschaften. Von 1968 bis 1970 war Hakki Keskin Vorsitzender der türkischen Studentenföderation in der Bundesrepublik und des türkischen Studentenvereins in Berlin. Die meisten deutschen Studenten, die ihn kennen, sehen in ihm einen der rund tausend ausländischen Studenten, die an der Freien Universität unter ihnen leben, unauffällig, bescheiden, freundlich.

Protest zugunsten Keskins

Der türkische Staat sieht in Hakki Keskin offenbar einen gefährlichen Staatsfeind. Seit 1969 dauern die Versuche an, Keskin mundtot oder zumindest seine Arbeit wirkungslos zu machen. Wegen seiner politischen Tätigkeit weigern sich die türkischen Behörden im Mai 1969, Keskin den Pass zu verlängern; sie entziehen ihm die Studiengenehmigung und sperren ihm die Devisen, um ihn zur Rückkehr in die Türkei zu zwingen. Keskin will aber sein Studium in Berlin abschliessen. Also folgt der nächste Schlag im Oktober 1970: das türkische Kabinett beschliesst, Keskin die türkische Staatsbürgerschaft zu entziehen. In der damals noch parlamentarisch regierten Türkei protestiert die oppositionelle Presse. Zahlreiche europäische Persönlichkeiten, unter ihnen die Professoren Abendroth, Fetscher, Flechtheim, Gollwitzer und Weischedel, die Schriftsteller Günter Grass, Jean-Paul Sartre und der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz, wenden sich in einem offenen Brief an die türkische Regierung.

Es ist historisch zu belegen, dass die Kritik der progressiven Opposition in allen Gesellschaften zu jeder Zeit der dynamische Entwicklungsfaktor gewesen ist. Gerade in den unterentwickelten Ländern, wo sich die Mehrzahl der Bevölkerung noch in extremer, unverschuldeter Armut befindet, ist es existenznotwendig, dass die ausgebildete schmale Minderheit sich für die Entwicklung ihrer Länder in besonderem Masse verantwortlich fühlt und sich für die Emanzipation ihrer Gesellschaft engagiert.»

Die herrschenden Kreise in der Türkei sehen das allerdings anders. Sie stützen sich auf die weitgehend konservative, ungeschulte Bevölkerung, die zu 70 Prozent auf dem Land lebt und bei Parlamentswahlen in letzter Zeit regelmässig den Grossgrundbesitzern und Führern grosser ländlicher Sippen — von denen sie abhängig sind — zu stabilen Mehrheiten verhelfen. Die feudalen Herren, die sich vor allem in Demirels konservativer Gerechtigkeitspartei sammeln, mögen es naturgemäss nicht, dass die ATOeF, die türkische Studentenföderation in der Bundesrepublik, Ergebnisse einer wissenschaftlichen Umfrage veröffentlichen, die erbrachte, dass «34 Prozent der ländlichen Bevölkerung den Namen keiner einzigen türkischen Partei kennen und in Dörfern, in denen die Gerechtigkeitspartei die absolute Mehrheit gewann, 45 Prozent nicht den Namen der Partei nennen können, die sie wählen» («Frankfurter Rundschau», 28. Februar). Die Regierung in Ankara hat denn auch für die türkischen Studenten im Ausland verordnet, sie würden

«nach dem Vorschlag des Beauftragten und nach dessen Bestätigung durch das Unterrichts- und Kultusministerium in die Türkei zurückgeholt, wenn sie a) Handlungen begehen, die die Ehre und das Ansehen der Staatsangehörigkeit der türkischen Republik oder die Ehre und das Ansehen des türkischen Studenten verletzen beziehungsweise herabsetzen, b) sich an Aktionen und Bewegungen beteiligen, die gemäss den türkischen Bestimmungen für das Land als schädlich angenommen werden könnten.»

Die Wahrheit sagen, heisst in den Augen der türkischen Behörden offenbar bereits, das Ansehen und die Ehre der türkischen Republik herabsetzen. Denn es gehört zu den Tatsachen, dass die Türkei ein Entwicklungsland ist, dass über ein Drittel des gesamten Staatshaushalts für militärische Zwecke ausgegeben wird, dass 1969 mehr als zwei Drittel der westlichen Entwicklungshilfe an die Türkei militärische Hilfe war, dass, nach offiziellen Angaben, 1971 die Preise um 23 Prozent stiegen, während die Löhne fast stagnierten. Zu den Tatsachen gehört schliesslich die hohe Arbeitslosigkeit: nach den jüngsten Angaben der türkischen Regierung sind 2 Millionen Menschen durchschnittlich arbeitslos; in Wintermonaten steigt diese Zahl bis zu 7 Millionen von insgesamt 13,5 Millionen arbeitsfähiger Menschen. Von diesen Zuständen profitiert die Schweiz genauso wie die Bundesrepublik Deutschland, denn neben Italienern, Spaniern, arbeiten auch türkische Arbeiter in der Schweiz.

Reaktion der türkischen Regierung

Die türkische Regierung revidierte zwar nach den internationalen Protesten ihren Beschluss gegen Hakki Keskin. Er behielt die türkische Staatsangehörigkeit. Der Kampf ging mit anderen Mitteln weiter: Keskins Pass wurde zunächst um 6 Monate verlängert, dann von neuem die Verlängerung verweigert, darauf wieder für 3 Monate erteilt, schliesslich endgültig verweigert, es sei denn, Keskin kehre in die Türkei zurück. Unter der gegenwärtigen Regierung Melen, die unter der Oberaufsicht des Militärs die linke Opposition verfolgt, müsste Keskin zumindest mit einer hohen Zuchthausstrafe rechnen. Alle, die es wissen wollen, wissen, dass seit der faktischen Machtübernahme durch das türkische Militär zahlreiche Polizeieinsätze gegen demokratische Studenten stattfanden, dass die Verhafteten gefoltert wurden, dass schliesslich mehrere Oppositionelle in einem Militärgerichtsverfahren zum Tode verurteilt und erhängt wurden.

Haltung der Ausländerpolizei

Die West-Berliner Ausländerpolizei will jedoch Hakki Keskin keinen Fremdenpass ohne förmliches Asylverfahren ausstellen, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen dafür gegeben wären. Das Asylverfahren hat allerdings — wohl als Ueberbleibsel des Zweiten Weltkriegs — seine Eigentümlichkeiten: Es schliesst notwendig den Besuch bei einem US-Informationsbüro ein, das Auskünfte verlangt, «die ausländische Geheimdienste zu interessieren pflegen», wie Dr. Franz, Richter am Berliner Oberverwaltungsgericht in einer Sendung des Senders Freies Berlin formulierte. In diesem Zusammenhang sollte man sich an die wichtige strategische Lage des Nato-Mitglieds Türkei erinnern und auch daran, dass die USA in der Türkei rund hundert militärische Basen unterhalten, zu denen selbst der türkische Stabschef keinen Zutritt hat. Für Hakki Keskin ist aber ausschlaggebend, dass ein Asylersuchen in der Bundesrepublik automatisch mit dem Verlust der türkischen Staatsbürgerschaft verbunden wäre. Er könnte also selbst dann nicht in die Türkei zurückkehren, wenn etwa die von Kemal Atatürk gegründete Republikanische Volkspartei unter ihrem neuen Führer Bülent Ecevit — einem Sozialdemokraten, vergleichbar dem Deutschen Joachim Steffen — nach den für 1973 angestrebten Wahlen eine Regierung bilden könnte. Bei einer solchen Entwicklung, auf die selbst die konservative «Frankfurter Allgemeine Zeitung» zur Durchführung der notwendigen Reformen ihre Hoffnung setzt, will Keskin selbstverständlich in die Türkei zurückkehren. Vorerst aber droht ihm die Ausweisung aus dem Bundesgebiet, obwohl etwa Dr. Franz in diesem Fall eine politische Verfolgung so evident scheint, dass er «jede Massnahme, die auf eine Zwangsentfernung des Betroffenen vom Asylgebiet der Bundesrepublik gerichtet ist, für verfassungswidrig» hält.

Wiederum setzen sich jetzt zahlreiche Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern für Hakki Keskin ein, unter ihnen Erich Fried, Hans-Magnus Enzensberger, Martin Niemöller, Peter Merseburger, Simone de Beauvoir, Professor Dr. Ossip K. Flechtheim, Karsten Voigt, Simon Peter Gerlach. Zusammen mit Organisationen wie den Jungsozialisten, der IG Chemie-Papier-Keramik, dem World University Service fordern sie in einem offenen Brief an Bundespräsident Gustav Heinemann, dass

1. Hakki Keskin nicht ausgewiesen wird und einen deutschen Fremdenpass bekommt; 2. alle Ausländer, die für demokratische und soziale Rechte in ihrem Heimatland eintreten und deshalb aus politischen Gründen von ihren Heimatbehörden keinen Pass erhalten, generell Anspruch auf einen deutschen Fremdenpass haben; 3. das geltende Ausländergesetz liberalisiert, und nicht — wie vorgesehen — verschärft wird.

Diese letzte Forderung ist besonders wichtig. Hakki Keskin ist ein Fall geworden, weil er im Rahmen seiner Möglichkeiten versucht, für die Verwirklichung demokratischer und sozialer Rechte in seinem Land zu arbeiten. Er ist damit in Gegensatz zu den Interessen der Mächtigen geraten. Er wird bedroht, aber von seinen Freunden und von bekannten Persönlichkeiten in Schutz genommen. Zahlreiche Menschen, die als Ausländer in einem europäischen Land die gleiche Arbeit leisten wie Keskin, sind ebenso bedroht, nur weniger bekannt. Und noch viele mehr, die in den hochindustrialisierten Ländern arbeiten und — wie manche griechische Arbeiter etwa — im Widerspruch stehen zum Regime in ihrer Heimat, sind im Falle der Bedrohung nicht in der Lage, sich gegen Verfügungen der Behörden des «Gastlandes» zu wehren, allein schon, weil sie die Landessprache nicht beherrschen. Was geschieht mit ihnen?